

Arbeitsgemeinschaften haben in vielen Fällen gezeigt, daß wir uns durchaus unabhängig von den westdeutschen Lieferungen machen können. Dort, wo unsere Parteiorganisationen die Notwendigkeit richtig begründet haben, folgen die Werktätigen dem Aufruf des Zentralkomitees, „die Störaktionen der Adenauer-Regierung gegen die Wirtschaft der DDR mit einem noch einmütigeren und machtvolleren Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbs ... in Stadt und Land, mit der Entwicklung des ganzen Arbeits- und Erfindungstalents der von Ausbeutung befreiten Werktätigen erfolgreich zu beantworten und zunichte zu machen“ (Entschließung der 11. Tagung des ZK).

In dieser Mitgliederversammlung der APOI betonten die Genossen, daß wir unbedingt für einen Handel mit Westdeutschland sind. Wir wollen mit allen Ländern Handel treiben. Genosse Walter Ulbricht sagte auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees, „daß die Erhaltung und Sicherung des Friedens normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten erfordern. Wir sind deshalb für die Entwicklung des Handels sowie für normale Beziehungen zwischen den kulturellen und gesellschaftlichen Organisationen beider deutscher Staaten“. Für den Handel zwischen beiden deutschen Staaten sind alle vernünftigen Deutschen; auch Vertreter der westdeutschen Wirtschaft haben sich wiederholt dafür eingesetzt. Lediglich die scharfmacherischen Kreise um Adenauer wollen den Handel als Druckmittel ihrer aggressiven Politik mißbrauchen.

Ein Genosse erklärte in der Diskussion, wir sollten den Handel mit Westdeutschland für die Erfüllung unserer Pläne ausnutzen, nirgends aber dürfe dieser Handel als Basis für die Planerfüllung angesehen werden. Damit hat er treffend gezeigt, daß kein Widerspruch besteht zwischen unserer Bereitschaft, den Handel mit Westdeutschland auszudehnen, und den Bemühungen, unabhängig von westdeutschen Lieferungen zu sein.

Damit ist auch die Frage beantwortet, ob die Umstellung auf Materialien aus der DDR, der UdSSR oder den anderen sozialistischen Ländern auch nach dem Wiederinkraftsetzen des Handelsabkommens mit Westdeutschland aufrechterhalten bleibt. Natürlich bleibt es dabei, weil wir uns ein für allemal sichern müssen. Wir müssen doch damit rechnen, daß die NATO-Politiker, wenn

sie die Situation dazu für geeignet halten, wiederum mit dem Abbruch des Handels politischen Druck auszuüben versuchen. Wir werden also die Lieferungen aus Westdeutschland im Rahmen des Handelsabkommens gut für unsere Wirtschaft ausnutzen, uns aber gleichzeitig so umstellen, daß beim Ausbleiben dieser Lieferungen für unsere Wirtschaft kein Schaden entsteht. Diese notwendige Umstellung verlangt eine beharrliche zielstrebige Arbeit und wird nur durch die schöpferische Tätigkeit der Werktätigen möglich...

Unabhängig von Lieferungen aus Westdeutschland zu sein, ist eine Vorbedingung für die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe und für den Sieg des Sozialismus; denn nur diese Unabhängigkeit sichert eine kontinuierliche Entwicklung der Produktion, um die Ziele des Siebenjahrplanes zu erfüllen. Somit liegen die Bemühungen, jede Störung unmöglich zu machen, im Interesse unserer ganzen Bevölkerung. Ja, sie hegen auch im Interesse derjenigen Wirtschaftskreise Westdeutschlands, die am Handel mit unserer Republik interessiert sind. Das mag paradox klingen. Aber diese Kreise werden doch kaum noch befürchten müssen, daß die NATO-Politiker im Bonner Staat den Handel abbrechen wollen, nachdem auch ihnen klargeworden ist, daß sie uns damit weder erpressen noch Schaden zufügen können. Die Beseitigung der Störanfälligkeit unserer Wirtschaft wird zweifellos die politische Autorität unserer Republik in jeder Hinsicht erhöhen.

Alle diese Überlegungen zeigen, von welcher politischen Tragweite die Verhandlungen in Moskau über Wirtschaftsfragen waren. Sie beweisen erneut, daß die Imperialisten keine, aber auch gar keine Chance haben, auf Kosten des sozialistischen Lagers politische Vorteile zu erzielen. Das Gesetz des Handelns wird vom sozialistischen Weltlager bestimmt.

Die Mitgliederversammlung der APO I nahm einstimmig ihren Beschluß an, in dem u. a. von den Genossen gefordert wird, bei Neuentwicklungen sich nicht auf westdeutsches Material zu orientieren, gegen jede Spekulation auf westdeutsches Material anzukämpfen, um die Störmöglichkeit der Imperialisten auszuschalten. Es wurde beschlossen, daß die schon erwähnten Auswahlreihen für Materialien dementsprechend überarbeitet werden.

Neuer Weg